

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 21. Jahrgang, Nr. 3, 5. Februar 2004

Einblicke

Unwörter

Von Heiner Lichtenstein

Von Plutarch, dem griechischen Philosophen aus der Zeit um 50 nach Christus, stammt die Erkenntnis: „Die meisten Sophisten – also Weisheitslehrer – brauchen die Worte als dichten Schleier für ihre Gedanken.“ Will sagen, sie verschleiern ihre wirkliche Meinung. Hin und wieder rutschen manchem freilich Worte heraus, die entschleiern. Sind die Israelis vielleicht sogar ein „Tätervolk“, fragte der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann und kassierte dafür die Ehre, Urheber des Unworts des Jahres 2003 zu sein. Die Frankfurter Jury war sich da schnell einig. Seit 13 Jahren sucht sie nach Formulierungen, die „sachlich grob unangemessen sind und möglicherweise sogar die Menschenwürde verletzen.“

Diesmal gibt es Grund, der Jury zu gratulieren. Das war allerdings nicht immer so. Im Jahr 2002 hat Helmut Kohl unwidersprochen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse als „schlimmsten Präsidenten seit Hermann Göring“ diffamiert. Im selben Jahr nannte der SPD-Politiker Ludwig Stiegler die FDP eine „Vorläuferpartei“ der NSDAP. Die Aufzählung ließe sich mühelos vervielfachen. Dass Oskar Lafontaine 1982 Bundeskanzler Helmut Schmidt attestierte, die „Sekundärtugenden“ zu haben, mit denen man auch „ein KZ“ betreiben könne, war ebenso schäbig wie Edmund Stoibers Behauptung von 1979, die Nationalsozialisten seien in erster Linie Sozialisten gewesen.

Begriffe aus der NS-Zeit auf heute zu übertragen, um den Gegner zu beleidigen, ist eine Untugend, die es bereits in den Anfangsjahren der Bundesrepublik gab. Nur nach und nach setzte sich die Einsicht durch, dass durch die NS-Verbrechen bestimmte Worte tabuisiert worden sind. „Vergasen“ gehört ebenso dazu wie „Deportation“ und anderes mehr. In jüngster Zeit allerdings scheint die Schamgrenze zu sinken. „Salonantisemitismus“ wird das verharmlosend genannt. Dabei ist das offener und sogar offen formulierter Rassismus, dem sofort mit aller Energie widersprochen werden muss. Es gilt wachsam zu werden, zu sein oder zu bleiben.

NS-Verherrlichung

Die vom bayerischen Innenministerium verbotene neonazistische Fränkische Aktionsfront war eng mit der NPD verzahnt.

Seite 2 ■

Kein Schulterschluss

Führende Neonazis wollen weiterhin nicht mit der NPD zusammenarbeiten.

Seite 3 ■

Auflösungstendenzen

Eine Serie von Ereignissen hat die rechts-extreme US-amerikanische National Alliance empfindlichst geschwächt.

Seite 6 ■

Aktives Engagement

Mit der Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ verpflichten sich Schüler/innen regelmäßig Aktionen und Projekte durchzuführen.

Seite 9 ■

Tag des Gedenkens

Der Deutsche Bundestag organisiert anlässlich des 27. Januars seit 1997 internationale Jugendbegegnungen.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**„Im Stil der Nazis“**

Das bayerische Innenministerium hat die neonazistische Fränkische Aktionsfront verboten – enge Verbindungen bestehen hier auch zur NPD.

Der Hamburger Neonazi Christian Worch hatte eine Vorahnung: Wenn die Fränkische Aktionsfront (FAF) schon auf der Eingangsseite ihrer Internetpräsenz einen Haufen verummter und knüppelbewehrter Figuren zeige, brauche Bayerns Innenminister Günther Beckstein sie nicht mehr zu „kriminalisieren“ – die FAF liefere schon selbst die Anhaltspunkte dafür. Drei Monate nach der Worch'schen Warnung und knapp drei Jahre nach ihrer Gründung war es so weit: Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat die Neonazigruppierung aus der Region rund um Nürnberg verboten.

Die FAF agiere aufgrund ihrer „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Ihre Tätigkeit laufe zudem Strafgesetzen zuwider, attestierte ihr Beckstein. Früh morgens am 22. Januar waren seine und rheinland-pfälzische Polizeibeamte ausgerückt, um 13 Wohnungen von führenden FAF-Akteuren in Franken und den Nebenwohnsitz eines Aktivisten in Mainz zu durchsuchen. Sie beschlagnahmten unter anderem acht Computer, umfangreiche Unterlagen und Propagandamaterial, fünf Schreckschusswaffen sowie zwei Teleskopschlagstöcke. Gegen einen Aktivisten sei zudem ein Strafverfahren wegen unerlaubten Waffenbesitzes eingeleitet worden, ließ das Ministerium anschließend verlauten.

Erstmals aufgefallen war die FAF im Mai 2001. Im Konzept der Gruppe hieß es, sie verstehe sich „als ein politisches regionales Forum für alle Männer und Frauen, ungeachtet ihrer eigenen oft unterschiedlichen Weltanschauungen, die sich im Nationalen Widerstand organisieren und im Großraum Franken aktiv sind. Kleinsten gemeinsamer Nenner ist das Bekenntnis zum Deutschtum und der Wille, Widerstand gegen die herrschenden antinationalen Zustände zu leisten“. Dabei verzichtete die FAF auf eine „starre Organisation, mit Mitgliedsausweisen, Mitgliedsbeiträgen, periodischen Sitzungen und sonstigem üblichen Popanz“. Ihre Hoffnung: Dies erschwere „der staatlichen Überwachungsmaschinerie eine konkrete Ausforschung

und schützt somit die Aktivisten/innen in der FAF besser vor Repression und Kriminalisierung durch das System“. Gleichzeitig bemühte man sich um größtmögliche Geheimhaltung: Gegenüber Dritten dürfe keine Auskunft erteilt werden, wurde in dem Konzept dekretiert. Welcher Art ihr „Widerstand“ sein sollte, ließ die Gruppe wohlweislich offen. Auch Gewalt schloss sie nicht aus: „Die anzuwendenden Mittel des politischen Kampfes werden ausdrücklich nicht von der Organisationsleitung vorgegeben. Als legitim gelten alle Formen des Widerstandes. Der Phantasie der Aktivisten/innen werden dabei von der Organisationsleitung keinerlei Grenzen gesetzt.“ Als einen ihrer Schwerpunkte nannte die FAF die Anti-Antifa-Arbeit.

Das Münchner Innenministerium schätzt den Sympathisanten- beziehungsweise Aktivistenkreis der FAF auf rund 40 Personen. „In der Nachfolge und im Stil der Nationalsozialisten“ bediene sich die Fränkische Aktionsfront oft strafbarer Aktionsformen. Sie äußere sich antisemitisch und verherrliche NS-Größen. In der Vergangenheit sind bereits mehrere Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung, Volksverhetzung oder Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen FAF-Akteure eingeleitet worden.

Enge Kontakte unterhielt die FAF zu dem Kreis um den Münchner Neonazi Martin Wiese. Gegen ihn ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Er soll einen Sprengstoffanschlag am Tag der Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums in München vorbereitet haben. Nach seiner Verhaftung im vorigen Herbst hatte die FAF zur Solidarität mit Wiese aufgerufen und von einer „Kriminalisierung legaler politischer Strukturen“ gesprochen. Wiese wurde als „politisch Verfolgter der Demokratie (PVD)“ bezeichnet. Gemeinsam mit Wieses Aktionsbüro Süddeutschland hatte die FAF im Frühjahr 2003 beschlossen, eine „AG Bayern“ zu gründen, um „regional aktive Gruppen und Einzelpersonen aktionsbezogen zu vereinen“.

Becksteins Ankündigung: „Wir werden auch gegen sich womöglich neu bildende Strukturen mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln vorgehen“, darf man umgehend relativieren. Einige Strukturen sind bereits vorhanden. Sein Ministerium weist selbst darauf hin: „Eine enge Verzahnung besteht ... mit der NPD, insbesondere dem NPD-Kreisverband Nürnberg – die meisten Aktivisten der FAF gehören auch der NPD/JN an.“ T.S.

Aktivitäten

„Systempartei“

Der NPD laufen reihenweise die Mitglieder davon. Hart attackiert wird sie auch von führenden Neonazis.

Wer geglaubt hatte, nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens würde es mit der Partei wieder bergauf gehen, sieht sich getäuscht. Die Mitgliederzahlen sinken weiter auf jetzt nur noch 5000. Das Bemühen um ein breites rechtsextremes Bündnis für die Europawahl ist gescheitert. Und die Kritik von Teilen der Neonaziszene an der NPD will nicht verstummen.

Neuen Schub erhofft sich die Partei angesichts der Misere vom „Marsch der Nationalen Einheit zum Tag der Arbeit“ am 1. Mai in Berlin. Die NPD sucht dabei den Schulterschluss mit „Freien Nationalisten“. Sprechen sollen in Berlin der Parteivorsitzende Udo Voigt und sein Stellvertreter Holger Apfel, aber auch die „Freien“ Thomas Wulff und Ralf Tegethoff. Apfel und Wulff gelten als Anmelder der Demonstration. Seit Mitte Dezember wird auf einschlägigen Internetseiten für die Veranstaltung mobilisiert. Eigens eingerichtet wurde Ende Dezember eine Homepage „auf-nach-berlin“, auf der auch stolz die Unterstützer des Demo-Aufrufs für „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn“ präsentiert werden. Das Spektrum reicht von diversen NPD-Gliederungen über die Deutsche Partei von Heiner Kappel und zahlreiche Kameradschaften aus der gesamten Republik bis hin zu Unternehmen der Szene wie dem „Schwarze Sonne“- und dem „Ruf des Nordens“-Versand.

Die letzten Jahre seien „zum Schaden aller im nationalen Widerstand kämpfenden Nationalisten von sinnlosem Gegeneinander“ geprägt gewesen, heißt es in dem Demo-Aufruf. Aber bereits 2003 hätten sich die „gutwilligen Kräfte im nationalen Widerstand wieder aufeinander zu bewegt“. Als Beispiele werden das Pressefest des NPD-Organ „Deutsche Stimme“ und der Heß-Marsch in Wunsiedel genannt. „Persönliche Befindlichkeiten oder auch verschiedene Auffassungen in taktisch-strategischer Hinsicht“ sollten „zum Wohl des gemeinsamen Ganzen hintenanstehen“.

Spielverderber bei dem Bemühen um rechtsextreme Einheit ist einmal mehr Christian Worch. Auch

ihm geht es am 1. Mai um die „Volksgemeinschaft“. Für diese und für die Forderung „Deutsch bleibt das Land“ sollen Neonazis am Tag der Arbeit aber nicht in Berlin und mit der NPD, sondern in Leipzig auf die Straße gehen und den Reden von Worch, Lars Käßler von der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), Jens Pakleppa aus Berlin und Bernhard Schaub aus Basel lauschen. Man wolle nicht „das Rückgrat und der Resonanzverstärker einer schwächlichen Wahlpartei ohne klare Grundlagen sein“, heißt es in „Leipziger Leitlinien“. Der NPD wird unterstellt, es gehe ihr nur um Selbstdarstellung.

Jens Pakleppa hatte eben dieser Partei noch bis Ende Dezember gedient. Am Silvestertag legte der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Brandenburg seine Ämter in NPD und JN nieder und erklärte seinen Austritt: Die NPD könne nicht mehr „als Alternative zum politischen System der BRD verstanden werden“. Mitte Januar folgte ihm der komplette NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin mit Mario Schulz an der Spitze, der gleichzeitig Landesvorsitzender der NPD in Brandenburg war. Begründet wurde der kollektive Austritt mit der Kandidatur des gebürtigen Bosniers Safet Babic auf der NPD-Europawahlliste. Damit habe sich die Partei vom Grundsatz „Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist“ verabschiedet, monierte Schulz.

Auf einer anderen Ebene attackiert Worch die NPD. Am 9. Januar veröffentlichte er einen mehrseitigen Text über die gesammelten Sünden und Verfehlungen der Partei im Umgang mit V-Leuten. Seine Kritik: Die Partei versuche noch nicht einmal, „die offenbar noch immer reichlich vorhandenen Spitzel in ihrer Führung zu enttarnen“. Sie habe Angst vor einem neuen Verbotsverfahren. Worch: „Welche politische Bedeutung hätten Männer wie Udo Voigt und Holger Apfel und diverse andere denn noch, wenn ihnen die Partei (und der der Partei angeschlossene Deutsche Stimme-Verlag) verboten und aufgelöst werden würde? Wenn es keine ‘Staatsknete’ (Parteienfinanzierung) mehr geben würde, keine Spenden und Mitgliedsbeiträge oder Einnahmen aus dem Verlagsgeschäft, von denen sie ihre Arbeit finanzieren können?!“ Außerdem sei die Partei angesichts ihrer dünnen Personaldecke „einfach auf die Spitzel angewiesen“. Worch-Freund Gerd Ittner aus Franken bevorzugt eine radikalere Sprache. Für ihn ist die NPD „bis zum Brechreiz mit Spitzeln und Anpassern durchsetzt“ und zur „Systempartei“ geworden. Die Zusammenarbeit mit ihr nennt er „Kollaboration“. *Tomas Sager*

Aktivitäten

„Spalter-Clique“

Rechtsextreme Kleinorganisation will von der Schwächung der NPD und Jungen Nationaldemokraten profitieren.

In die politische Offensive will die neonazistische Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) gehen. So wurden in diesem Jahr bereits mehrere Veranstaltungen, unter anderem mit dem Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub am 17. Januar in Freiburg, durchgeführt. Am 6. März soll ein gemeinsamer Aufmarsch mit dem Hamburger Christian Worch in Schwäbisch-Hall stattfinden. Für Pfingstsonntag ist eine Veranstaltung in Baden-Württemberg anlässlich des 80. Geburtstags des Revisionisten und Altnazis Herbert Schweiger angekündigt.

Die 1999 gegründete NPD-Abspaltung BDVG um den 28-jährigen Bundesleiter Lars Käßler strebt jetzt eine bundesweite Etablierung an. Einzelne Schwerpunkte bestehen bisher in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Zu Hilfe kommt der braunen „Volksgemeinschaft“ die anhaltende Schwäche der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN).

Die formale Gründung der BDVG erfolgte in Eschweiler-Dürwiß bei Aachen im Juni 1999 als Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft durch unzufriedene Funktionäre der JN. Zu ihnen zählten Achim Ezer, der nordrhein-westfälische JN-Landesvorsitzende aus Eschweiler, Oliver Händel, bisheriger JN-Bundesgeschäftsführer und sächsischer JN-Landesvorsitzender, und Lars Käßler aus der schwäbischen Kleinstadt Neckarwestheim (Kreis Heilbronn). Zu dem tiefgehenden Zerwürfnis mit der Mehrheit der Jungen Nationaldemokraten führte unter anderem die Aufnahme des gebürtigen Bosniers Safet Babic im November 1998 in die Organisation. Umgekehrt stand der Vorwurf von „finanziellen Unregelmäßigkeiten in fünfstelliger Höhe“ im Raum. Die NPD-Geschäftsstelle schloss die damalige „Spalter-Clique“ aus. Es gelang den von der NPD verfeindeten „Spaltern“ nur, eine Minderheit an JN-Funktionären aus den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg für die neue alte Sache zu gewinnen. Seit dem Jahr 2000 trat man dann als Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft mit Vortrags-

und Informationsveranstaltungen im Südwesten in Erscheinung. Ende 2000 wechselte der Sitz nach Heilbronn in die Nähe des Wohnorts von Lars Käßler. Achim Ezer gab damals seine Aktivitäten für die BDVG, so der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbericht, auf. Nachfolger als Vorsitzender wurde Käßler, der auch Domain-inhaber der Website volksgemeinschaft.org ist, zusammen mit Ralf Brunner und Michael Weber. Im Jahr 2002 wurde die Vorfeldorganisation Bundesweite Aktion Junge Deutsche aktiv. Ihre Zielrichtung war die Beeinflussung von Schülerzeitungen und SMV-Gremien. „Stoppt die Ausländerüberfüllung in unseren Klassenzimmern! Stoppt die Ausländerkriminalität auf unseren Schulhöfen!“, lautete die Schlagzeile eines Briefes, der von den drei BDVG-Vorsitzenden unterzeichnet war.

Zu den Rednern auf Veranstaltungen der rechtsextremistischen Kleinorganisation gehörten bisher der revisionistische Verleger Gerd Sudholt, die ehemalige Wiking-Jugend-Funktionärin Edda Schmidt, der Wiener Professor Walter Marinovic von der rechtsextremen kulturpolitischen Splittergruppe Österreichisches Kulturwerk, Wolfgang Juchem (Aktion Freies Deutschland), der REP-Gründer Franz Schönhuber, der Revisionist Georg Albert Bosse, der einstige NPD-Führer Günter Deckert, der ehemalige NHB-Bundesvorsitzende Alexander von Webenau und vor allen anderen Bernhard Schaub. Der Basler Holocaust-Leugner und Vordenker der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) ist zum ständigen Begleiter der BDVG geworden. Er publiziert regelmäßig in der Quartalsschrift „Volk in Bewegung“ und ist häufig Vortragender bei Veranstaltungen des BDVG.

Auch zu „Freien Kameradschaften“ und „Nationalisten“ unterhält die Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft Kontakt. So trat im vergangenen Dezember beispielsweise Käßler zusammen mit Christian Worch in Cottbus und Hoyerswerda auf. Die „Lausitzer Rundschau“ beschrieb die Rollenaufteilung der beiden Neonazis folgendermaßen: „Worch ist der Regisseur. Die Rolle des Aufpeitschers überlässt er Lars Käßler. Der brüllt immer wieder dieselben dumpfen Fremdenhass-Tiraden, Schmähungen und Parolen gegen die EU-Osterweiterung – und die ‘Kameraden’ schreien ihm alles artig nach.“ Die BDVG könnte jetzt auch von der aktuellen Schwächung der NPD und besonders der JN wegen der parteiintern heftig umstrittenen Kandidatur des 22-jährigen Safet Babic für die NPD zur Europawahl profitieren. *Hannes Berger*

Demokratische Initiativen

Das Finale

Die Wehrmachtsausstellung Nr. 2 ist in Hamburg zum letzten Mal zu sehen. Bisher wurden 385 309 Besucher gezählt.

Endstation Hamburg. In der Heimat des federführenden Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ bis zum 28. März dieses Jahres letztmals zu sehen sein. Ein anspruchsvolles wissenschaftliches und kulturelles Begleitprogramm ergänzt die Dokumentation, die danach im Deutschen Historischen Museum Berlin eingelagert wird.

Im November 2001 wurde die Ausstellung in Berlin eröffnet und war seitdem an weiteren elf Stationen zu sehen. Das HIS zählte 385 309 Besucher, davon 113 597 Schülerinnen und Schüler. Die Wissenschaftler des von Jan Philipp Reemtsma gesponserten Instituts betonten, dass die Dokumentation „keine Überarbeitung oder Korrektur der zwischen 1995 und 1999 in der Bundesrepublik und Österreich gezeigten Ausstellung“ sei, sondern einem „neuen Konzept“ folge.

Die Vorgängerin „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ war seit ihrer Eröffnung 1995 Anlass für heftige Kontroversen, wurde aber auch für den Tabubruch gelobt, Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg im größeren Rahmen zu thematisieren. Schon kurz nach Ausstellungseröffnung übten Fachwissenschaftler Kritik an der unsauberen Arbeit der Autoren. Im Oktober 1999 wurden Forschungsergebnisse publik, nach denen Fotos und Bildlegenden falsch zugeordnet sein sollten. Auf einigen Fotos seien zum Beispiel keine jüdischen Pogromopfer, sondern Ermordete des sowjetischen Geheimdienstes NKWD zu sehen, behaupteten Forscher wie Bogdan Musial. Institutsleiter Reemtsma verordnete ein Moratorium. „Es war ein Fehler, den Stand der Forschung nicht ausreichend berücksichtigt zu haben“, gab Ausstellungsmacher Hannes Heer zu.

Die Gegner, vor allem aus dem rechtskonservativen und -extremen Lager, jubelten. „Die Reaktion auf diese Kritik erreichte ein Ausmaß, das zu einem Glaubwürdigkeitsverlust des Instituts und der Ausstellung zu führen drohte“, ist heute aus dem

HIS zu vernehmen. Am 15. November 2000 urteilte eine Historiker-Kommission, es seien „keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen“ festzustellen. Die Kommission empfahl, „die Ausstellung in einer gründlich überarbeiteten, gegebenenfalls auch neu zu gestaltenden Form weiter zu präsentieren“.

Die neu zusammen gestellte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ dokumentiert nunmehr auf der Grundlage des damaligen Kriegs- und Völkerrechts die Beteiligung der Wehrmacht an den verübten Verbrechen. Sie zeigt sechs Dimensionen des Vernichtungskrieges: Völkermord an den sowjetischen Juden, Massensterben der Kriegsgefangenen, Ernährungskrieg, Deportationen und Zwangsarbeit, Partisanenkrieg sowie Repressalien und Geiselschließungen.

Das Begleitprogramm des HIS bietet fünf Veranstaltungsreihen mit Vorträgen, Gesprächen und Podien: montags „Vergangenheitsdebatten“, dienstags „Foto als historische Quelle“, mittwochs „Das Kriegs- und Völkerrecht im 20. und 21. Jahrhundert“, donnerstags „Opfer des Terrors“ und freitags „Täter im Vernichtungskrieg“.

Eine kleine Auswahl:

6. Feb., 19.30 Uhr, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik: Wehrmachtsverbrechen in Griechenland. Das Beispiel Distomo am 10. Juni 1944. Vorträge und Podiumsdiskussion;

7. Feb., 20 Uhr, Literaturhaus: Täter im Vernichtungskrieg;

8. Feb. 19.30 Uhr, Kampnagel: Fotografien als Fundsachen. Das Problem der Animation von Fotos in den beiden Wehrmachtsausstellungen;

9. Feb. 20 Uhr, HIS: Die Wehrmacht und die Verfolgung der „Zigeuner“, Wehrmacht und NS-Euthanasie;

10. März, 19.30 Uhr, Warburg-Haus: Krieg und Recht;

11. März, 20 Uhr, HIS: Bogdan Musial referiert über „Die deutschen und sowjetischen Verbrechen im Sommer 1941 und die NS-Propaganda“;

12. März, 20 Uhr, HIS: Sexuelle Gewaltverbrechen deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg;

13. März, 19.30 Uhr: Ev. Akademie: Julian Nida-Rümelin und Jan-Philipp Reemtsma stellen zur Diskussion: „Ist die ethische Verantwortung eine Chimäre?“ und „Über den Begriff Handlungsspielräume“.

Volker Stahl

Die Adressen der Veranstaltungsorte und weitere Informationen im Internet unter: www.verbrechen-der-wehrmacht.de und www.his-online.de

Ausland**Zerfallerscheinung**

Die Krise der US-Organisation National Alliance scheint unüberwindbar. Auch der frühere Goldesel im rechtsextremen Musikgeschäft „Resistance Records“ hat finanzielle Verluste eingefahren.

Die wichtigste rechtsextreme Gruppe in den USA, die National Alliance (NA), befindet sich seit dem Tod ihres Übervaters William Pierce in schweren Turbulenzen. Eine erstaunliche Serie von Ereignissen hat die einstmals führende rechtsextreme Organisation in den USA nah an den Abgrund gebracht.

Im Jahr 2003 verringerte sich die Zahl der zahlenden Mitglieder von circa 1400 auf weniger als 800. Gleichzeitig wurde die Belegschaft der Festangestellten im NA-Hauptquartier in Hillsboro, West Virginia, um nahezu die Hälfte reduziert. Ein Grund hierfür scheint der Einbruch im Musikgeschäft des einstigen Goldesels „Resistance Records“ von rund einer Million Dollar im Jahre 2002 zu sein, so dass Insiderkreisen zufolge jüngst das Unternehmen NA Verluste eingefahren hat. Gleichzeitig fallen mittlerweile die NA-Verbände in Boston, Dallas, Georgia, Maryland, Memphis, Phoenix und Süd-Kalifornien in sich zusammen, während ein Machtkampf um die Kontrolle des NA-Anwesens im ländlichen West Virginia tobt.

Der Abstieg der 1974 gegründeten Organisation ist unzweifelhaft mit dem plötzlichen Ableben des NA-Gründers und rechtsextremen Superstars William Pierce verbunden. Als dieser am 23. Juli 2002 an Krebs verstarb, befand sich die NA auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung. Pierce hatte ein äußerst erfolgreiches Konglomerat aus politischer Organisation und den ständig expandierenden Geschäftszweigen Resistance Records und National Vanguard Books aufgebaut, dessen Strahlkraft auch über den Atlantik bis auf die europäische extreme Rechte reichte. All dies scheint gegenwärtig nichts mehr als eine ferne Erinnerung. Seitdem der aufstrebende Resistance Records-Chef Erich Gliebe sechs Tage nach Pierce's Dahinscheiden zum neuen Führer der NA erklärt wurde, ist die Organisation von ständigen internen Streitigkeiten und externen Anfeindungen geplagt. Auch Gliebe's Anhänger mussten sehr schnell erkennen, dass diesem

trotz seiner Erfolge mit Resistance Records und dem NA-Verband in Cleveland die Schuhe von Pierce erheblich zu groß sind. Während William Pierce die Aura eines Intellektuellen umgab, der durch seine Texte und Ansprachen neue Anhänger gewinnen konnte, wirkt der ehemalige Amateurboxer („The Aryan Barbarian“) Gliebe hölzern, humorlos und beizeiten unbeholfen.

Gliebe, der den elitären Kurs seines Mentors Pierce fortzusetzen versucht, hat in kürzester Zeit einerseits aufgrund der fehlenden Intellektualität die theoretisch anspruchsvolleren Mitglieder enttäuscht während er andererseits die Geschäfts- und Aktivistenbasis – vornehmlich Skinheads, die schon Pierce als „Freaks“ bezeichnet hatte – gegen sich aufbrachte. Billy Roper, der stellvertretende Geschäftsführer der NA, wurde von Gliebe hauptsächlich dafür gefeuert, weil er die Zusammenarbeit mit Skinheadgruppen intensivieren wollte und unter Einbeziehung einer breiten Basis von Gesinnungsgenossen große Demonstrationen plante. Roper zog sich dann in seinen Heimatstaat Arkansas zurück und gründete die Gruppe „White Revolution“.

■ Erhebliche Schwächung der US-amerikanischen extremen Rechten ■

Kurz nach dem Rausschmiss Roper's reiste Gliebe nach Georgia, um die Wogen zu glätten und dem populären Aktivisten Chester Doles zu einem der wenigen offiziellen Sprecher der NA zu ernennen. Die Schmeichelei wirkte jedoch nicht lange, denn schon im Januar 2003 erklärte Doles, dass er sich nicht mehr mit der NA identifiziere, da diese mit Informanten durchsetzt sei. Der Umstand, dass Gliebe daraufhin dem im März wegen Waffenvergehens verhafteten Doles sowie dessen Frau und elf Kindern keine Hilfe anbot, verärgerte nicht nur die NA-Mitglieder in Georgia.

Unterdessen geriet die NA in weitere finanzielle Turbulenzen und das Vorstandsmitglied Robert DeMarais, ein ehemaliger BWL-Professor, gab seinen Posten im Juni 2003 auf. Zusätzlich vergiftet wurde das Klima durch eine Vereinbarung des Gliebe-Anhängers und langjährigen NA-Aktivisten Kevin Alfred Strom, der nach Pierce's Tod für das Radioprogramm „American Dissident Voices“ verantwortlich zeichnet, mit Don Black, dem Gründer der weithin bekannten „Mutter aller rechtsextremen Webseiten: Stormfront“. Black erklärte sich hier nach bereit, alle gegenüber Gliebe negativen Kom-

mentare in den populären Stormfront-Foren zu zensurieren.

In dieser aufgeheizten Stimmung verschlechterte sich auch die finanzielle Situation von Resistance Records zusehends. Nachdem im besten Monat, im März 2002, 50 000 Dollar eingenommen worden waren, brachte der Juli 2003 nur noch 7000 Dollar ein. Die Druckerzeugnisse der NA erschienen nicht mehr pünktlich und auch die Klagen von Kunden, die bereits bezahlte Ware nicht bekommen hatten, nahmen zu. Anfang August 2003 entließ Gliebe die ersten NA-Angestellten – vor allem solche, die ihn kritisiert hatten. Am 3. August gab dann das als loyal angesehene Vorstandsmitglied Fred Streed, ein alter Mitstreiter Pierce's, seinen Rücktritt vom Amt bekannt und übte heftige Kritik am NA-Vorsitzenden.

■ Abspaltung einzelner NA-Verbände ■

Zwei von vier Vorstandsmitgliedern waren nun noch übrig. Die Dinge spitzten sich weiter zu, als das neben Gliebe verbliebene Vorstandsmitglied Kitty Molz Gliebe dann vorwarf, heimlich 700 CD-Raubkopien unter dem Resistance Record-Label produziert und Gelder von NA-Konten zweckentfremdet zu haben. Ende August benannte der „Aryan Barbarian“ schließlich mit Shaun Walker aus Salt Lake City den praktisch einzig verbliebenen bekannten NA-Aktivisten loyal zu ihm als neuen „chief operating officer“. Das letzte Quartal des Jahres 2003 war davon gekennzeichnet, die Scherben der Auseinandersetzungen aufzukehren und Wunden zu lecken.

Es ist zu erwarten, dass sich in naher Zukunft einzelne lokale NA-Verbände abspalten werden oder sogar parallel eine neue NA unter neuer Führung gegründet wird. In jedem Fall wird die amerikanische extreme Rechte erheblich geschwächt aus diesem Hickhack hervorgehen. Nach ähnlichen Querelen innerhalb der ohnehin bankrotten Aryan Nations und dem seit der Verhaftung von Matt Hale fortschreitenden Zerfall der World Church of the Creator fällt nun mit der National Alliance die letzte signifikante rechtsextreme Organisation praktisch aus. Es bleibt abzuwarten, wer die nun entstandenen Lücken füllen wird. Es bleibt zu befürchten, dass dies gewaltbereite, an keiner Art von formaler Organisation oder klassischer Mobilisierung interessierte Kräfte sein werden.

Thomas Grumke

Ausland

Justizflüchtling

Weiterer Holocaust-Leugner abgetaucht.

Nun ist auch René-Louis Berclaz, Sekretär der Vereinigung „Vérité & Justice“ (V&J) und rechtskräftig verurteilter Holocaust-Leugner, spurlos von der Bühne verschwunden, kurz bevor er seine zehnmonatige Gefängnisstrafe hätte antreten sollen. Berclaz ist damit der dritte Schweizer Holocaust-Leugner, der vor Strafantritt das Weite gesucht und auch gefunden hat: Jürgen Graf (15 Monate Gefängnis), einst V&J-Präsident, soll sich in Minsk/Weißrussland niedergelassen haben. Andres J. Studer (vier Monate Gefängnis), früher ein eifriger und aggressiver Pamphletist, lässt sich inzwischen nur noch selten aus dem Städtchen Lagos/Portugal vernehmen. Und nun hat auch Berclaz seine Wohnung im freiburgischen Châtel-Saint-Denis geräumt, ohne eine Adresse zu hinterlassen.

Bereits vor einigen Wochen hatte Vérité & Justice bekannt gegeben, dass der Verein nicht mehr über ein Postfach in Châtel-Saint-Denis, sondern neu über ein Postfach in Vevey erreichbar sei. Interessierte werden allerdings ausdrücklich gebeten, den Vereinsnamen in der Adresse nicht zu erwähnen. Von den V&J-Vorstandsmitgliedern ist damit nur noch Philippe Brennenstuhl, ebenfalls rechtskräftig wegen Holocaust-Leugnung verurteilt, über eine Schweizer Adresse erreichbar, nämlich im waadtländischen Vallorbe, unmittelbar an der französischen Grenze. Aber auch das kann sich selbstverständlich schnell ändern.

Hans Stutz

Hinweis

Bergneustadt – Mit der Thematik „Hitlers langer Schatten – Der Nationalsozialismus und seine aktuelle Bedeutung“ befasst sich vom 22. bis 26. März ein Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt. Diskutiert werden unter anderem Entstehungsbedingungen, Herrschaftsausübung und langfristige Auswirkungen des Nationalsozialismus (in Ost und West) sowie Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Geplant ist auch ein Besuch des NS-Dokumentationszentrums in Köln.

Kontakt: Alfred-Nau-Akademie in Bergneustadt; Tel. 02261-4641, Fax 02261-464040; E-Mail: WEITERSB@FES.de (Birgit Weitersha).

Grauzone**Vielgefragter Redner**

Ranghoher Ex-Militär hat sich in extrem rechten Kreisen einen einschlägigen Namen gemacht.

Zum Thema „Der Krieg, der viele Väter“ hatte, spricht am 18. Februar Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude) auf einer Veranstaltung der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V. im Hotel Hilton in Berlin.

Schultze-Rhonhof (Jg. 1939) ist in rechten Kreisen ein vielgefragter Redner. Mit seinem Referat, das unter dem Titel „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ auch als Buch erhältlich ist, trat er in den letzten Monaten unter anderem beim Landesverband Berlin-Brandenburg der Deutschen Partei, bei einer konspirativ durchgeführten Veranstaltung des Kameradschaftsverbandes des ehemaligen I. SS-Panzerkorps, bei der Burschenschaft Normannia in Heidelberg und zuletzt am 18. Januar beim Reichsgründungskommers der Hamburger Burschenschaft Germania, die dem rechtsextremen Flügel der deutschen Burschenschaft zuzurechnen ist, auf.

Die Tageszeitung „Die Welt“ bezeichnet Schultze-Rhonhofs Buch als „Stoff, aus dem die Mythen sind“, da darin behauptet werde, „Hitler habe den Zweiten Weltkrieg nicht aus eigenem Willen begonnen, sondern sei gewissermaßen in den Krieg ‘gezwungen’ worden.“

In einem Interview, das er der aktuellen Ausgabe der „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ) gab, bekundete Schultze-Rhonhof, dass sein erster Gedanke nach der Entlassung des Hohmann-Sympathisanten Brigadegeneral Reinhard Günzel geheßen habe: „Das ist ja wie in der Sowjetunion“, wo man Dissidenten ebenfalls für geistig verwirrt erklärt hat, statt sich mit ihren Gedanken auseinanderzusetzen.“

Auf sich aufmerksam machte Schultze-Rhonhof 1995, als er beim Neujahresempfang des Wehrbereichs II (Hannover) einen Bezug zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Volksgerichtshof herstellte. Noch im gleichen Jahr ersuchte Schultze-Rhonhof aus Protest gegen die Wehrpflichtzeitverkürzung seine vorzeitige Entlassung aus dem aktiven Dienst.

Kaum außer Dienst machte sich Schultze-Rhonhof dann als Autor beziehungsweise Interviewpartner in Blättern wie „Junge Freiheit“, „Das Ostpreußenblatt“, „Criticon“ und „Deutsche Militärzeitschrift“ einen einschlägigen Namen.

1997 erschien sein Buch „Wozu noch tapfer sein“, in dem Schultze-Rhonhof unter anderem die Frage stellt: „Wozu noch Soldat sein, wenn 50 Jahre später die Tapferen die Schuldigen und die Deserteure die Gerechten sind?“ Gelobt wurde das Werk vom geschichtsrevisionistischen Grabert Verlag, da darin auch „hohen SS-Führern Gerechtigkeit widerfährt“ und „große Soldaten der Waffen-SS, etwa Paul Hausser, lobend und als vorbildlich“ erwähnt würden.

Schultze-Rhonhof ist Gründungsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft ‘Stimme der Mehrheit’“, die der Meinung ist, dass das Meinungsklima in Deutschland „stickig“ geworden sei, da die „selbst ernannten Tugendwächter der Political Correctness“ die „geistige Auseinandersetzung“ verhindern würden. Ziel von „Stimme der Mehrheit“ ist, „dem Linkskartell innerhalb der ‘schreibenden Zunft’ eine schlagkräftige Alternative entgegenzusetzen“.

Gern gesehen ist Schultze-Rhonhof als Referent bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Im „Deutschland Journal“, dem Sprachrohr der SWG, sind seine Thesen zum Thema „Europa – Bundesstaat oder Staatenbund“ veröffentlicht. Beklagt wird in dem Blatt die „totalitär-liberale Political Correctness in Verbindung mit dem antifaschistischen Ideologiestaat“, die „eine reale Gefahr für den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat Deutschland“ darstelle.

Nahe steht Schultze-Rhonhof dem Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen. Gründungsinitiator des Schulvereins ist der umtriebige rechtsextreme Verleger Dietmar Munier.

Geworben wird für Vortragsveranstaltungen mit Schultze-Rhonhof in der „Jungen Freiheit“. Zum 10-jährigen Bestehen bescheinigte der Ex-Militär der JF, „immer wieder als einzige Zeitung auch solche für uns Deutsche interessante Nachrichten“ zu bringen, „die andere verschweigen.“ Die JF, so der Generalmajor a.D., habe „die deutsche Medienlandschaft bereichert“. Im vergangenen Jahr weilte Schultze-Rhonhof, Unterzeichner des JF-„Appells für Pressefreiheit“, unter den Gästen des 3. JF-Sommerfests in Berlin. *Anton Maegerle*

Demokratische Initiativen

Schülerbewegung

Jugendliche treten aktiv gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung ein.

Wie sich das Drama „Romeo und Julia“ im Berlin der Gegenwart abspielen würde, ist den Schüler/innen der Werner-Stephan-Oberschule vollkommen klar: Julia hat einen deutschen, Romeo einen türkischen familiären Hintergrund, die Väter verbieten den beiden den Umgang miteinander – am Ende steht der Selbstmord des Liebespaares. Zu sehen gab es diese aktualisierte Version des Shakespeare-Klassikers im Rahmen einer Abendveranstaltung, die die Hauptschule in Berlin-Tempelhof in ihrer Eigenschaft als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ Ende Januar initiiert hatte.

Vor 20 Jahren noch hätten sich an dieser Schule die sozialen und ethnischen Probleme gehäuft, erinnert sich der Lehrer Reiner Haag, der seinerzeit ein Streitschlichtertraining entwickelte, das die Schüler befähigen sollte, ihre Konflikte untereinander friedlich auszutragen. Heute gilt die Werner-Stephan-Schule als Berlin-weites Vorbild einer engagierten Schule. In dieses Bild passt, dass hier 2001 erstmals in Berlin die Plakette „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ angebracht werden konnte.

Schule ohne Rassismus ist keine Berliner Erfindung. 1988 entstand das Projekt in Belgien als Reaktion auf die dortigen Wahlerfolge rechtsextremer Parteien. In den Niederlanden, in Frankreich, England und schließlich auch in der Bundesrepublik wurde die Idee aufgegriffen und umgesetzt; Initiator war 1995 der Verein „Aktioncourage“.

„Schule ohne Rassismus“ (SOR) versteht sich ausdrücklich als Projekt für Schüler/innen: Sie müssen aktiv werden, um ihrer Schule zu diesem Status zu verhelfen. Zunächst einmal heißt es, Unterschriften zu sammeln: Mindestens 70 Prozent aller Schützgehörigen – neben den Schüler/innen sind hier auch die Lehrer/innen und anderen Schulbeschäftigten gefragt – müssen sich per Unterschrift verpflichten, an ihrer Schule langfristig und regelmäßig Aktionen und Projekte gegen Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu veranstalten. Außerdem suchen sich die Schüler/innen einen prominenten Paten, der die Verleihung des SOR-Titels begleitet. Die Plakette „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ muss schließlich gut

erkennbar am Schulgebäude angebracht werden.

Bundesweit haben sich mittlerweile 186 Schulen dem Aufnahmeverfahren unterzogen; die vorerst letzte war die Salvador-Allende-Oberschule in Berlin-Köpenick. „Und es werden laufend mehr“, sagt Rüdiger Rossig, einer der Koordinatoren für das Berliner SOR-Projekt. Derzeit gebe es mehrere Anwärter auf die SOR-Plakette neben den sechs ausgezeichneten Schulen in der Hauptstadt.

Den SOR-Koordinatoren kommt vor allem eine Scharnierfunktion zu. Sie unterstützen Schüler/innen mit Materialien und Tipps, vermitteln Kontakte und bieten selbst Informations- und Bildungsveranstaltungen an. Bundes- und Berlin-Koordinatoren sitzen dabei nicht nur in einem Gebäude, sondern Tür an Tür in Berlin und kooperieren eng. Die engagierten Jugendlichen können dank der professionellen Unterstützung auf ein umfangreiches Kontaktnetz zurückgreifen. Rund 30 Anlaufstellen umfasst die Liste der Kooperationspartner allein in Berlin – von der bezirklichen Ausländerbeauftragten bis zum Theater Rote Grütze oder dem Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg.

Doch der Schwerpunkt der SOR-Arbeit liegt in den beteiligten Schulen selbst. Neben Aktionstagen und besonderen Veranstaltungen gilt es hier, jeden Tag die mit dem Status verbundenen Grundsätze in die Tat umzusetzen. „Sicher sind unsere Schüler nicht lauter ‘Engel’“, sagt Reiner Haag. „Aber der Umstand, dass bei uns Schüler aus rund 35 verschiedenen Nationen sind, dass sich viele regelmäßig am Aktionstag gegen Rechts und an unserem Austauschprojekt mit Lidice beteiligen, wirkt sich eben doch nachhaltig auf die Umgangsformen aus.“

Rüdiger Rossig von der SOR-Koordination kann von ähnlichen Erfahrungen an den anderen Berliner SOR-Schulen berichten. „Oft gab es schon vorher besondere Projekte, die dann mit ‘Schule ohne Rassismus’ verknüpft wurden.“ Etwa an der Georg-Büchner-Oberschule in Lichtenrade, wo seit langem eine Menschenrechts-AG existiert. Oder an der Otto-Nagel-Oberschule in Biesdorf, die über ein Peerleader-Projekt zur SOR-Initiative fand. In der Werner-Stephan-Oberschule bringt Schulsprecherin Lee das zentrale SOR-Anliegen auf den Punkt: „Manche von uns sind gelb, andere rot, andere schwarz – aber wir empfinden gleich und wünschen uns alle Respekt.“

Gudrun Giese

<http://www.aktioncourage.org>

Demokratische Initiativen**Begegnungen****Holocaust-Gedenktag: Jugendliche besuchten Auschwitz und Izieu.**

Der 27. Januar, der Tag, an dem Auschwitz befreit wurde, wird seit 1997 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog als Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Es sollte allerorten als stiller Tag der Besinnung stattfinden, an dem Gedenken zu Nachdenken und Nachdenken zu Handeln wird. Vorerst ist es – sieht man von offiziellen Reden und einigen Leitartikeln ab – für die meisten Deutschen ein Tag wie jeder andere. Nicht so für den Deutschen Bundestag. Er griff die Idee ohne Zögern auf und sah in ihr eine Chance. Alle Fraktionen waren sich von Anfang an einig, dass dieser Tag genutzt werden müsse, um vor allem die Jugend stärker mit den demokratischen Fundamenten und Organisationsformen des Staates und seiner antifaschistischen Grundorientierung vertraut zu machen.

Jedes Jahr ergehen seit 1997 an junge Menschen in allen Bundesländern Einladungen des Bundestages zu internationalen Jugendbegegnungen aus Anlass des Gedenktages. Sie sind verbunden mit Fahrten zu den wichtigsten Plätzen der Erinnerung an die Opfer und der Dokumentation der Verbrechen des Naziregimes. Gemeinsam mit Vertretern des Bundestages wurden in den letzten Jahren zum Beispiel die Gedenkstätten in den Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen, das Berliner Haus der Wannseekonferenz und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße, aber auch zeitgeschichtlich bedeutende Plätze in der Stadt Weimar besucht.

Die jungen Gäste nahmen im Plenarsaal an den Gedenkstunden des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus teil und hatten Gelegenheit zu Aussprachen mit Spitzenpolitikern der Bundestagsfraktionen, mit prominenten ehemaligen KZ-Häftlingen wie dem Buchenwald-Überlebenden Jorge Semprun und anderen Zeitzeugen, mit einem Direktor von Yad Vashem und weiteren Gästen aus Israel. Als besonders effektiv erwies sich die Auswahl der Jugendlichen unter dem Gesichtspunkt, dass sie bereits praktische Erfahrungen im zivilgesellschaftlichen Engagement gesammelt haben und in Opfergruppen, Jugendverbänden und Ini-

tiativen, Projekten zur Geschichte des Nationalsozialismus oder gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus tätig sein sollten. So wurde die Teilnahme an den Begegnungen zu einer Anerkennung ihrer Arbeit. Gleichzeitig war dadurch gesichert, dass sie ein Forum für die Auswertung der Reise hatten und als Multiplikatoren neue Anregungen aus dem Erfahrungsaustausch mit den anderen Beteiligten weitergeben konnten.

In diesem Jahr war ein besonders attraktives Programm vorbereitet worden. Thema der Gedenkstättenfahrt war das Schicksal von 44 jüdischen Kindern, die sich in Izieu bei Lyon vor den Nazis verborgen hatten. Sie wurden aufgespürt, auf Befehl Klaus Barbies am 6. April 1944 zusammen mit ihren Betreuern hinter Gitter gebracht und nach Auschwitz deportiert. Nur ein Kind überlebte. Je 30 der deutschen Jugendlichen konnten vom 21. bis 25. Januar die Gedenkstätten in Izieu und Auschwitz besuchen. Dort trafen sie mit polnischen und französischen Altersgenossen zusammen, die vom 26. bis 28. Januar zur Fortsetzung des internationalen Jugendtreffens nach Berlin kamen. An der Begegnung nahmen auch die Auschwitz-Häftlinge Halina Birenbaum und Kasimirz Smolen und als ehemaliges „Kind von Izieu“ Paul Niedermann teil. Nach dem Erfahrungsaustausch über beide Reisen in Workshops und der Gedenkstunde im Bundestag hatten die Jugendlichen Gelegenheit zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit der Hauptrednerin der Gedenkstunde, der Ex-Präsidentin des Europaparlaments und früheren französischen Ministerin Simone Veil, die selbst zu den Überlebenden von Auschwitz und Bergen Belsen gehört, mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und mit dem Vizepräsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees, Christoph Heubner. Am Vorabend der Gedenkstunde waren sie dabei, als in den Räumen des Berliner Büros des deutsch-französischen Jugendwerks am Molkenmarkt eine von Schülerinnen und Schülern aus Lyon und Mannheim gemeinsam gestaltete Ausstellung über das Schicksal von vier Mannheimer Kindern eröffnet wurde, die zu den aus Izieu Deportierten gehörten.

Der 27. Januar wird in 13 anderen europäischen Ländern, darunter England und Italien, Schweden und Dänemark, alljährlich als Gedenktag für die Opfer der Shoah begangen. In Israel war er in diesem Jahr mit einer Vielzahl von Veranstaltungen zum ersten Male Tag der Solidarität mit den jüdischen Gemeinden der ganzen Welt im Kampf gegen den Antisemitismus.

Ralf Bachmann

Seitenblick**Alle sind Opfer**

Im Nachhinein wird klar, warum sich die CDU-Spitze so schwer getan hat, Martin Hohmann zu disziplinieren, nachdem der über „die dunkle Seite beim jüdischen Volk“ geschwafelt hatte. Stimmt man möglicherweise inhaltlich mit ihm überein, als er „Gerechtigkeit für Deutschland“ forderte? Zum Zeitpunkt der Rede – am Tag der deutschen Einheit gehalten – bereitete der sächsische CDU-Abgeordnete Nooke für seine Fraktion den Antrag für ein „Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“ vor. Er lag vor, als sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel im Dezember mit ihrer Fraktion im Bundestag versammelte, um über Antisemitismus zu debattieren. Mit diesem Antrag der Union sollte das sächsische Gedenkstättenmodell, mit dem die sächsische CDU gleichsam als späten Sieg Ernst Noltes die Gleichsetzung von NS- und DDR-Gedenken durchgedrückt hatte, auf ganz Deutschland übertragen werden. Maßgebliche Opferverbände – der Juden, Sinti/Roma, Deserteure – haben ihre Mitarbeit bei der Gedenkstättenarbeit deshalb aufgekündigt. Der Nooke-Antrag ist der Abschied der CDU/CSU von dem 1999 einvernehmlich beschlossenen Konzept des Holocaustgedenkens. Sinnfälligerweise sollte über den Antrag am 30. Januar debattiert werden, dem Tag, an dem die Deutschen Adolf Hitler die Macht übergeben hatten. Das Perfide des CDU/CSU-Antrags steht in der Begründung, gleichsam im Kleingedruckten: der Antrag diene dazu, um als Teil der Folgen von Diktatur „das Gedenken an Opfer von Krieg und Vertreibung, zivile Opfer der alliierten Luftangriffe, friedliche Revolution und Wiederherstellung der staatlichen Einheit“ in einen allgemeinen Gedenkbrei einzurühren. Unter dem Schock der Reaktion der NS-Opferverbände wurde der Antrag jetzt bis März zurückgezogen. Aus der Ersparnis der Unions-Steuerreform soll dann wohl das Mahnmal für die Bombenopfer – vielleicht in Berlin gegenüber dem Holocaustmahnmal? – finanziert werden. Dem Antrag zufolge sollte der Bund die Zusammenarbeit von „ehrenamtlicher und professioneller“ Mitarbeit sowie „individuelles und kollektives Engagement“ garantieren. Die „Junge Freiheit“, die sich zunehmend zum Sprachrohr der Fraktion für Deutsch-Nationales entwickelt, könnte sich letztlich mit Martin Hohmann um eine führende Rolle bewerben. Eine unwürdige Gedenkkultur! *K.H.R.*

Bücherschau**Zwölftes Jahrbuch**

Das „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ versteht sich als Forum für wissenschaftliche Beiträge zur Antisemitismus- und Minderheitenforschung, die sowohl interdisziplinär als auch länderübergreifend ausgerichtet sind. Die 16 von Historikern, Politologen und Sozialwissenschaftlern verfassten Aufsätze des 12. Bandes des „Jahrbuchs“, das von dem Historiker Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung herausgegeben wird, widmen sich den unterschiedlichsten Themengebieten.

Es geht unter anderem um die Entstehung von Feindbildern im Konflikt um Palästina mit Aufsätzen über die Begegnungen zwischen Israelis und Palästinensern in der palästinensischen Belletristik und Poesie, den antisemitischen Diskurs der Hisbollah, das Verhältnis der jüdischen Siedler zu den Palästinensern, die Bedeutung der iranischen Revolution für eine antijüdisch orientierte Islamisierung, den Antisemitismus im Irak der Baath Partei und die Kommentierungen zu Israel von Islamisten und Rechtsextremisten im World Wide Web. Die dem Antisemitismus gewidmeten Beiträge beschäftigen sich mit dem Verhältnis von deutschem Adel und Antisemitismus, apokalyptischem Denken im dänischen Pietismus der 30er Jahre, dem Bild von Antisemitismus, Judentum und Zionismus bei Rudolf Steiner, der „Arisierung“ des Berliner Zoologischen Gartens und der Konzeption von Umfragen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik. Unter der Überschrift „Gewalt und Rassismus“ finden sich eine Soziologie der „rassischen“ Fremdheit und eine Darstellung zum Ritualmord in Kiew 1913. Die Besprechungssays befassen sich mit Literatur zur Antisemitismusabwehr des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vor 1933 und neuer Literatur zur Geschichte des Antisemitismus im Kaiserreich.

Auch mit dem zwölften Band des „Jahrbuchs für Antisemitismusforschung“ ist wieder eine beachtenswerte Zusammenstellung von Texten über aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung zum Antisemitismus und Rassismus entstanden. Allenfalls hätten manche auf Vorträge zurückgehende Beiträge hier und da noch einer Systematisierung und Überarbeitung bedurft. *Armin Pfahl-Traugher*
Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12, Berlin 2003, Metropol-Verlag, 350 S., 21,- EUR.

Bücherschau**Dubiose Quellen**

Der Einsatz von V-Leuten erweist sich in zahlreichen Fällen als problematisch.

Der Dreifachmord in Overath bei Köln im Oktober vergangenen Jahres sucht wohl seinesgleichen: Der Rechtsextremist und ehemalige Fremdenlegionär Thomas Martin Adolf brachte den Rechtsanwalt Hartmut Nickel, dessen Ehefrau und Tochter um. Es fehlte nicht viel und die blutige Tat hätte ein V-Mann des Verfassungsschutzes verübt. Adolf hatte im Frühjahr 1996 enge Kontakte zu den „Schlapphüten“ und kassierte bei mehreren konspirativen Treffen ab – angeblich für Informationen, die längst im Internet zu finden waren.

Es sind Fälle wie dieser, die den Verfasser des Buches „Geheime Informanten – V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates“ von einer „erkennbar gewordenen Symbiose von Verfassungsfeinden und Verfassungsschützern“ schreiben – und davor warnen lassen. Der Rechtsanwalt, Gutachter und Publizist Rolf Gössner aus Bremen hatte sich bereits Anfang der achtziger Jahre mit dem polizeikritischen Buch „Der Apparat“ einen Namen gemacht.

Kern des rund 320-seitigen Buches sind zahlreiche Fallstudien über die dubiosen Werdegänge von V-Leuten. Sechs fallen ausführlich, zwölf im Stenogramm-Stil aus. Umfangreich porträtiert wird die Vita von Carsten Szczepanski. Wegen Mordversuchs an einem Asylbewerber wurde er 1995 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und vier Jahre später vorzeitig aus der Haft entlassen. Für den brandenburgischen Verfassungsschutz war er unter dem Decknamen „Piato“ aktiv. Nach seinem Gefängnisaufenthalt mischte Szczepanski weiter kräftig im braunen Sumpf mit. Unter anderem betätigte er sich als Herausgeber des Fanzines „United Skins“ und betrieb in Königs Wusterhausen ein Ladengeschäft: Hier wurden einschlägige CDs, Kassetten und Bücher verkauft. In der NPD stieg Carsten Szczepanski zum Landesorganisationsleiter im Landesvorstand Berlin-Brandenburg auf – „ein Sammelbecken gewaltbereiter Neonazis“ (Gössner). Darüber hinaus organisierte er die rechtsextreme Königs Wusterhausener Szene um. Er schuf also selbst die Strukturen, die er dann später für den Verfassungsschutz auskundschaften sollte.

Rolf Gössner: „Häufig genug fließen V-Mann-Honorare und Spenden aus Steuergeldern direkt in den Ausbau der Neonazi-Strukturen und in rechte Aktionen und Aufmärsche. Diese staatliche Förderung neonazistischer Strukturen und Aktivitäten wird offenbar für ein höheres Ziel in Kauf genommen.“ Erst nach der Enttarnung Szczepanskis durch braune Kameraden schaltete der Verfassungsschutz im Juli 2000 seine Quelle ab.

„Die Übergänge zwischen Informationsbeschaffung, Aufklärung, Kumpanei, Anstachelung und Anstiftung sind ... fließend“, kommentiert Gössner solche und ähnliche Biographien. Es gilt: „Ein Hauptmotiv für die Provokation von kriminellen Handlungen ist der Erhalt der finanziellen Quellen. Denn der V-Mann ist für den VS um so wertvoller, je mehr brisante Informationen er liefert, für die er dann bezahlt wird.“

■ „Symbiose von Verfassungsfeinden und Verfassungsschützern“ ■

Gössner weist auch auf den menschlichen Aspekt hin, den man bei der Betrachtung der V-Leute-Problematik nicht vernachlässigen sollte. Ein Beispiel in diesem Sinne ist Michael Grube, der V-Mann „Martin“ des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern. Aus Angst vor seiner Enttarnung beteiligte er sich im März 1999 an einem Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen. Auch parteipolitisch machte Grube in seiner V-Mann-Zeit Karriere: Er avancierte zum NPD-Kreisvorsitzenden für Nordmecklenburg und Wismar, kandidierte für den Landtag. Gössner schreibt: „Die betroffenen Menschen werden zu bloßen Objekten staatlicher Sicherheitspolitik gemacht – ein Vorgang, der keineswegs dem Menschenbild des Grundgesetzes entspricht und deshalb verfassungswidrig ist.“

Dann gibt es aber auch noch die Gruppe der V-Leute, die mit Wissen ihrer Gesinnungsgenossen für den Verfassungsschutz „schnüffeln“ und die Honorare oft sogar ihrer rechtsextremen Organisation oder Partei zukommen lassen. In diese Kategorie gehörte unter anderem Udo Holtmann, nordrhein-westfälischer NPD-Landesvorsitzender, Mitglied des NPD-Bundesvorstandes und zeitweise kommissarischer Bundesvorsitzender sowie Herausgeber und Chefredakteur des NPD-Zentralorgans „Deutsche Stimme“. Er betätigte sich als klassischer Doppelagent. Der NPD-Führung gegenüber offenbarte er sich als V-Mann; vom Verfassungs-

schutz strich er Geld ein – satte 24 Jahre lang, von 1978 bis 2002. Noch länger dauerte das Verfassungsschutz-Engagement von Wolfgang Frenz, der 35 Jahre lang für die Behörde gearbeitet hatte. Frenz war 1964 Gründungsmitglied der NPD und langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes, ferner Schriftleiter der Parteiblätter „NPD-Landesspiegel NRW“ und „Deutsche Zukunft“.

Aktivitäten wie die von Holtmann und Frenz kamen im Zuge des später geplatzten Verbotsverfahrens gegen die NPD ans Tageslicht; es spielt in dem Buch „Geheime Informanten“ naturgemäß ebenfalls eine große Rolle. Dabei stellte sich heraus, dass etwa 30 der 200 NPD-Vorstandsmitglieder im Sold des Staates standen. Gössner fragt sich: „Ein wahrlich hoher Staatsanteil von geheimen Finsterlingen allein in den Vorständen auf Bundes- und Landesebene – wie viele mögen es dann in der gesamten NPD auf sämtlichen Parteiebenen gewesen sein? Schätzungen gehen bis zu hundert und mehr.“

Von der Kontrolle rechtsextremistischer Parteien ist der Autor generell nicht überzeugt. Grund: „Im Zusammenhang mit der Beobachtung von Parteien besteht die Gefahr, dass die VS-Behörden von der jeweiligen politischen Führung für unlautere Eingriffe in den politischen Wettbewerb missbraucht werden, um politische Gegner und oppositionelle Konkurrenten zu stigmatisieren.“ Gössner kann eine Erfolgsbilanz des Verfassungsschutzes nicht erkennen: „Der VS konnte weder die Vermehrung rechter Organisationen und Aktivitäten rechtzeitig vorhersagen noch die Zunahme rassistischer Gewalttaten erklären. Und lange Zeit bagatellierte er die organisatorischen Qualitäten der rechten Gruppierungen – obwohl es längst starke Ansätze zur Organisierung und Vernetzung gab sowie alarmierende Anzeichen für eine wachsende Gewaltbereitschaft mit rechtsterroristischen Tendenzen.“

Das Fazit von Rolf Gössner fällt eindeutig aus: „Der VS ist Teil des Neonazi-Problems geworden, nicht ansatzweise dessen Lösung.“ Statt V-Mann-Einsatz plädiert Gössner für eine offen arbeitende, wissenschaftliche Dokumentationsstelle zur Beobachtung, Erforschung und Analyse des Rechtsextremismus. Schließlich bezieht auch der Verfassungsschutz etwa 80 Prozent seiner Erkenntnisse aus offenen Quellen, also vor allem aus den Medien und der Wissenschaft.

Thomas Klaus

Rolf Gössner, Geheime Informanten – V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates, München 2003, Knauer-Verlag, 320 Seiten, 12,90 EUR.

Am Rande

Brutale Gewalttat

Rechte Mitläufer bringen Aussiedler um.

„Tatort Gera – Jugendliche metzelten Mann im Wald nieder“: Mit dieser Schlagzeile der Bildzeitung vom 22. Januar 2004 erfuhr die breite Öffentlichkeit über den brutalen Mord an dem 27-jährigen Aussiedler Oleg K. Eine Spaziergängerin hatte die übel zugerichtete Leiche im Schnee gefunden. Schon am nächsten Tag wurden vier Jugendliche im Alter zwischen 14 und 19 Jahren festgenommen, die wenig später die Tat gestanden. Sie gaben an, ihr späteres Opfer bei einem Zechgelage getroffen zu haben. Nach einem Streit wurde K. in ein Wäldchen gelockt, wo er von den vier Jugendlichen mit Hammerschlägen auf den Kopf und Messerstichen in die Brust getötet wurde.

Antifaschisten aus Gera und Umgebung sehen in der Tat politische Hintergründe. Die vier Jugendlichen waren als „Faschos“ bekannt, erklärte die Antifaschistische Aktion Gera. Drei seien wegen Körperverletzung und Vandalismus vorbestraft gewesen. Sie hätten sich in einem Umfeld von „Freien Kameradschaften“, den Strukturen der „Blood & Honour“-Skins und dem „Thüringer Heimatschutz bewegt“, die in der örtlichen Jugendszene eine gewisse Basis haben. Gera hatte sich in den letzten Jahren zu einer der rechten Hochburgen entwickelt. In der unvollständigen Chronik über rassistische Angriffe im Jahr 2003 in Thüringen gab es allein 11 Eintragungen über die Stadt. Bei den Landtagswahlen hatte die NPD 0,9 Prozent der Stimmen erzielt. Im Juni 2003 organisierten die Neonazis ein mit dem Motto „Rock gegen den Krieg“ getarntes Nazikonzert in der Innenstadt von Gera.

Eine Mahnwache am 27. Januar in der Nähe des Tatortes wurde nach Angaben der Lokalpresse von der Bevölkerung kaum beachtet. Peter Lückmann vom Geraer Bündnis gegen Rechts erklärte, dass damit auf die Gewaltbereitschaft der Szene aufmerksam gemacht werden sollte. „Die Hemmschwelle zur Gewalt ist bei all jenen, die dieser Ideologie unterliegen, extrem gering.“ Die Arbeit gegen Rechts ist in Thüringen schwieriger geworden. So mussten die Anlaufstellen für Betroffene rassistischer und rechtsextremistischer Angriffe und Diskriminierungen (ABAD) ihre Arbeit einstellen, weil die Landesregierung die Unterstützung verweigerte. P.N.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – Die NPD hat beim Bundeswahlleiter 7000 Unterstützungsunterschriften für ihre Kandidatur zur Europawahl eingereicht, wie die NPD-Bundeszentrale am 26. Januar mitteilte. Mit 22 Bewerbern und einer Bewerberin, darunter viel Parteiprominenz, will die rechtsextreme Partei am 13. Juni antreten. Spitzenkandidat auf der NPD-Europawahlliste ist der Parteivorsitzende Udo Voigt, ihm folgen der Parteivize Holger Apfel, der saarländische NPD-Landesvorsitzende Peter Marx sowie der sächsische NPD-Kommunalpolitiker Uwe Leichsenring. Auf Nummer 5 wurde der frühere NPD-Vorsitzende und vorübergehende Parteidissident Günter Deckert platziert.

■ **Berlin** – Am 16. März findet im Großraum Berlin/Brandenburg die diesjährige Frühjahrstagung des antisemitisch ausgerichteten Bundes für Gotterkenntnis statt. Thema ist unter anderem „Vom Überlebenskampf der deutschen Volksseele im 20. Jahrhundert“. Ansprechpartnerin der Tagung ist Helge Sievers (Berlin). Gründungsmutter des „Bundes“ ist Mathilde Ludendorff (1877 – 1966). Grundlage der „Gotterkenntnis“ Ludendorffs ist die Überzeugung, dass jeder Art oder Rasse sich die „Erkenntnis“ Gottes auf eine jeweils besondere Weise offenbare. Rassenvermischung führe deshalb zum Verlust der Möglichkeit der Gotterkenntnis. Nach Ludendorff sind die Geschehnisse der Welt seit Jahrhunderten dem konspirativen Wirken überstaatlicher Mächte, den Juden, Jesuiten und vor allem auch der Freimaurer unterworfen.

■ **Bremen** – Der Schlagzeuger der Bremer Band „Endlöser“ fordert mehr Nationalbewusstsein beim Kauf von rechten CDs. Im Online-Forum der Band schreibt Sven: „Für mich ist es nicht nur ein Privileg weiß zu sein, sondern vor allem deutsch zu sein“. Er könne es nicht verstehen, wenn jemand behaupte Skinhead zu sein, dann „aber seine landeseigenen Bands nicht mehr hört, weil die Amis härter spielen“. Ein anderer Forumsteilnehmer hatte zuvor festgestellt, dass bei Skin-Konzerten in Deutschland „nur noch Ami-Bands die Hallen voll machen“ und deutsche Bands kaum noch Besucher anlocken.

■ **Burg** – Das antisemitische Hetzwerk „Das Judentum in der Rechtswissenschaft. Judentum und

Verbrecher“ von Johann von Leers ist zu Jahresbeginn als Faksimile-Druck beim Verlag Reprint-Edition im schleswig-holsteinischen Burg (Kreis Ditzmarschen) erschienen. Ersterschienen ist das Machwerk 1934 im Deutschen Rechts-Verlag. Goebbels-Adjutant von Leers gehörte der SS (Mitgliedsnummer: 276586) und der NSDAP (Mitgliedsnummer: 143709) an. Nach 1945 war er unter anderem Mitarbeiter des ägyptischen Propagandaministeriums. Hinter dem Verlag Reprint-Edition steckt der Rechtsextremist Tim Schatowitz (BnR 23/01), der seit 1997 seinen Verlag unter ständig wechselnden Namen führt.

■ **Erlangen** – Zu einer Bewährungsstrafe von vier Monaten auf Bewährung wurde der Theologe Johannes Erle (Jg. 1952; Erlangen) verurteilt. Der mehrfach vorbestrafte „Lebensschützer“ Lerle hatte zwei Lehrern eine „Nazi-Verbrechergesinnung“ vorgeworfen, weil sie seiner Ansicht nach Abtreibungen verharmlosten. Lerle ist Leserbriefschreiber in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und Autor der „Jungen Freiheit“.

■ **Hamburg** – Zu den Bürgerschaftswahlen am 29. Februar in Hamburg wird im rechtsextremen Spektrum einzig die NPD ohne Konkurrenz von der DVU und den Republikanern mit sieben Bewerbern antreten. Spitzenkandidat ist der Hamburger NPD-Landesvorsitzende Ulrich Harder, ihm folgen Jan Zimmermann und Martin Dembowski.

■ **Hamburg** – Der „Preußische Mediendienst“, ein Ableger der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ (4/2004), dem Sprachrohr der mitgliederstarken Landsmannschaft Ostpreußen, bietet NS-apologetische Werke an. Zum Verkauf stehen die Bücher „Gedanken zum II. Weltkrieg“ von Albert Kesselring und „Keitel in Nürnberg“ von Hans-Joachim Keitel bereit. Generalfeldmarschall Kesselring wurde nach Kriegsende von einem britischen Militärgericht in Venedig wegen Kriegsverbrechen in Italien zum Tode verurteilt und später begnadigt. Generalfeldmarschall Keitel wurde 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet. Sein Sohn Hans-Joachim diente als Major in der Wehrmacht. Er greift unter anderem für die extrem rechte „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ) zur Feder. Beide Bücher sind im Verlag Bublies (Schnellbach) erschienen. Siegfried Bublies war vormals JN-Landesvorstandsmitglied in Rheinland-Pfalz und später zeitweilig Mitglied der Republikaner. Er ist Gründer und Herausgeber der nationalrevolutionären Zeitschrift „Wir Selbst“.

■ **Heilbronn** – Die an Organisationen schon jetzt nicht arme rechtsextreme Szene bekommt weiteren Zuwachs. Am Pfingstsonntag, 30. Mai, soll in Baden-Württemberg eine Plattform Neue Ordnung (PNO) aus der Taufe gehoben werden. Sie versteht sich als Dachverband der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) und der Bewegung Neue Ordnung (BNO). Auch die BNO ist eine Neugründung. Mario Schulz, Ex-Landesvorsitzender der NPD in Brandenburg, hatte deren Gründung angekündigt, nachdem er Mitte Januar gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des NPD-Kreisverbandes Prignitz-Ruppin die Partei verlassen hatte. Die BDVG war Ende 1999 aus einer Abspaltung der Jungen Nationaldemokraten entstanden. Bei der Veranstaltung am 30. Mai sollen als Redner unter anderem die beiden Österreicher Herbert Schweiger und Andreas Thierry, der Schweizer Bernhard Schaub, der BDVG-Vorsitzende Lars Käßler (Heilbronn) und der ehemalige Brandenburger JN-Vorsitzende Jens Pakleppa auftreten, der ebenfalls aus der NPD ausgetreten ist.

■ **Kaufbeuren** – Der „Freundeskreis ‘National-Zeitung’“ und die Deutsche Volksunion (DVU) laden am 7. Februar zu einer Vortragsveranstaltung mit dem Referenten Peter Dehoust in Kaufbeuren in Oberbayern ein. Dehoust wird seit Jahrzehnten im „nationalen Lager als ein charakterfester Kämpfer für die Wahrung der nationalen Identität und gegen Dekadenz und Geschichtsfälschung“ („Zur Zeit“) gefeiert. Er war von 1960 bis 1978 Herausgeber des „Deutschen Studenten-Anzeigers“, „der auch mitten in wildester APO-Zeit als auflagenstärkstes deutsches Studentenblatt den Linken kräftig in die Parade fuhr“, urteilt die „National-Zeitung“. 1971 wurde Dehoust Chefredakteur von „Nation Europa“, als dessen Mitherausgeber er heute noch wirkt. Dehoust ist seit 1963 für den „Nation-Europa-Verlag“ tätig. Er gehörte bis 1992 der NPD an, ist einer der Gründungsinitiatoren der Deutschen Liga für Volk und Heimat sowie GFP-Vorstandsmitglied.

■ **Kiel** – Zum Thema „Der Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin – ein Stolperstein für die offizielle Geschichtspolitik“ referiert Hans-Joachim von Leesen am 20. Februar in Kiel bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Leesen (Jg. 1930), ehemals Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, ist Autor der „Jungen Freiheit“, der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“, der „Deutschen Militärzeitschrift“, „Criticon“, „Wir Selbst“ und „Neue Ordnung“ (Graz). Von der SWG wird die jährlich er-

scheinende Reihe „Deutschland Journal. Fragen zur Zeit“ herausgegeben, für die unter anderem die JF-Autoren Richard Eichler, Klaus Hornung, Alfred Mechtersheimer, Michael Paulwitz, Heimo Schwikl und Carl Gustav Ströhm zur Feder greifen. SWG-Vorsitzender ist Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler.

■ **Torgau** – Der rechtsextreme Versand „Front Records“ im sächsischen Torgau ist Mitte Januar von der Staatsanwaltschaft durchsucht worden. Gegen den Betreiber wird wegen der Verwendung von verfassungsfeindlichen Kennzeichen ermittelt. Mehrere 100 CDs wurden beschlagnahmt. Dem Geschäftsablauf hat die Durchsuchungsaktion offenbar nicht geschadet. Auf der Internet-Seite wirbt der Betreiber für die neue CD der Düsseldorfer Band „Barking Dogs“. Gleichzeitig darf er sich über einen Aufruf zur Unterstützung aus der Szene freuen. In einem Online-Fanzine heißt es: „Tut den Jungs was Gutes, schaut mal rein und bestellt etwas“.

Ausland

■ **Frankreich (Marseille)** – Der französische Rechtsextremist Bruno Mégret ist wegen illegaler Parteienfinanzierung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. Gegen den Chef des Mouvement national républicain (MNR) verhängte das Strafericht von Marseille weiterhin eine Geldstrafe von 10 000 Euro, gegen die Partei selbst eine Geldstrafe von 30 000 Euro. Ferner büßte der MNR-Chef für ein Jahr das passive Wahlrecht ein – allerdings gilt dies nicht für die Regionalwahlen im März, sofern er gegen das Urteil in die Berufung geht.

■ **Schweiz (Erlenbach ZH)** – Bereits Ende Oktober verstarb in einem Spital in der Nähe von Zürich der 86-jährige Holocaust-Leugner Arthur Vogt. Dies geht aus einem Nachruf hervor, den Vogts Gesinnungskamerad Jürgen Graf im Internet veröffentlichte. Vogt sei, so schreibt Graf, der „erste Schweizer Revisionist“ gewesen und habe auch ihn „zum Vollblutrevisionisten“ werden lassen. Vogt, der vor Jahrzehnten einmal der Sozialdemokratischen Partei angehörte, dann um 1970 zur Partei des Schweizer Fremdenfeindes James Schwarzenbach wechselte, gehörte Anfang der 90er-Jahre zu den wenigen Aktivisten der Schweizer Holocaust-Leugner-Szene. Zwar wurde er zuerst in Deutschland einschlägig bestraft, nachdem er im Herbst 1991 in Nürnberg in einem Vortrag den Holocaust geleugnet hatte. Im Vorfeld der Auseinandersetzungen um

die Rassismus-Strafnorm wurde Vogt Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft zur Enttabuisierung der Zeitgeschichte (AEZ) und später Herausgeber der Zeitschrift „Aurora“. Nach einschlägigen Aurora-Artikeln wurde er auch in der Schweiz zu einer hohen Buße verurteilt. Kein Problem für den vermögenden Vogt, der in der Stadt Zürich mehrere Häuser besaß. Auf Vogts Geld konnte übrigens auch Graf zählen, Vogt habe, so schreibt Graf, ihm „wiederholt großzügige finanzielle Hilfe erwiesen“.

■ **Schweiz (Zürich)** – In der Schweiz sind im vergangenen Jahr deutlich mehr Aufmärsche von Rechtsextremen registriert worden. Grund sind zahlreiche Demonstrationen der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer, PNOS und der Nationalen Außer-Parlamentarischen Opposition, NAPO. Die Zahl der Vorfälle stieg innerhalb Jahresfrist von 15 auf 21. Die Schweiz scheint zudem weiterhin ein Konzertparadies für Rechtsextremisten aus ganz Europa zu sein. Weil die Konzerte anders als im benachbarten Ausland als private Anlässe gelten, greift die Antirassismus-Strafnorm nicht. Die Zahl rassistischer Vorfälle blieb stabil. Eine Anfang Januar von der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und der Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz publizierte Chronologie weist für 2003 noch 102 rassistische Vorfälle aus, gegenüber 121 im Vorjahr.

■ **Slowakei (Bratislava)** – Zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus hat die Slowakei ein Sonderdezernat der Polizei eingerichtet. Die neue Einheit soll vor allem die Herstellung und Verbreitung von Schriften und CDs mit rechtsradikalem Inhalt verhindern und auch das Internet entsprechend überprüfen. Ebenso gelte es, die Urheber solcher Publikationen vor Gericht zu bringen. Menschenrechtsgruppen vermuten, dass mehrere tausend Slowaken der rechten Szene zuneigen. Attackiert würden insbesondere Angehörige der Sinti und Roma. Die Slowakei, die im Mai der Europäischen Union beitrifft, ist von Bürgerrechtlern oft der Untätigkeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus bezichtigt worden.

■ **USA (Scio/Ohio)** – Seit Jahren ist „Odinsrage“ und zuvor „Yoderanium“ ein Anbieter von kostenlosem Speicherplatz für Neonazis. Der führende Kopf hinter diesem Angebot an die rechte Szene ist Larry „Yoder“ Bertolino aus Scio, Ohio, der sich Ende Januar nach neunmonatiger Abwesenheit wieder zurückmeldete. Neben „dringend notwendigen Reparaturen“, die er schon vor Jahresfrist erledigen

Postv

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin

Adres

PVST, DP\AG, Entgelt bezahlt, A 13861

8

Heft 03/2004 Abo 401917

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10**10999 BERLIN**

wollte, um den Serverbetrieb besser zu gewährleisten, wird in einer über Mailingliste versendeten Nachricht auch auf ein neues Projekt hingewiesen, dessen Grundlage noch in Larry Bertolino's Abwesenheit gelegt wurde: die Schaffung eines virtuellen „Kommunikationszentrums“, das ein Forum, IRC-Channels, Chat-Server und noch weiteres bieten soll. Das neu geschaffene Forum verfügt auch über eine französisch- und eine deutschsprachige Sektion. Unter den Moderatoren und Usern der letzteren finden sich auch Nutzer des „Nationalen Forums Niedersachsen“ und des Forums des „Wikingersands“.

Impressum**Verlag:**

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:**Heidemarie Lehmann****Herstellung:**

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.